

GLOBALISIERUNGSKRITISCHE STRATEGIEN UND IHRE PERSPEKTIVEN

Oder: Welche Einsichten benötigt eine nachhaltige, demokratische, sozialistische Alternative zu neoliberaler und neokonservativer Hegemonie?

Die Sozialdemokratie steht nach wie vor dem zentralen Problem einer adäquaten Antwort auf die „Globalisierung des Kapitalismus“ und neoliberaler Hegemonie gegenüber. Die Frage, wie mit der massiven Verschiebung der sozialen Kräfteverhältnisse, dem drohenden Ende der Wohlfahrtsstaaten und sozialer Sicherungsstrukturen, sowie dem Niedergang der europäischen Sozialdemokratie umgegangen werden kann, ist dabei nicht nur eine Frage der richtigen Strategie(n), sondern auch eine Frage angemessener Erklärungen für diese Entwicklungen und angesichts der Kapitulation der europäischen Sozialdemokratie vor dem Thatcherismus im Form des „Dritten Weges“ eine Frage politischer Alternativen, Gegen-Konzepte und Ziele. Mittlerweile führen uns nicht mehr nur die (an Mitgliederzahlen, Wahlniederlagen und fehlenden Gegen-Konzepten sichtbaren) Demobilisierungen von New Labour und SPD vor Augen, dass die Politik des „Dritten Weges“ gescheitert ist, auch die Demobilisierung der SPÖ zeigt die Dringlichkeit grundsätzlicher Debatten über die Zukunft sozialdemokratischer Politik. Die Fragen, die wir uns zu stellen haben (und die nur in kollektiven demokratischen Diskussionsprozessen zu klären sein werden), betreffen 1. die gegenwärtigen Bedingungen, unter denen neoliberale Hegemonie aufrechterhalten wird, 2. die Strukturen und Mechanismen, die neoliberalen Staatsumbau, Entpolitisierung, Entdemokratisierung, den Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihren neuen Legitimationsformen zugrunde liegen, 3. wie eine Mobilisierung für eine neue sozialdemokratische Strategie aussehen kann, die den Herausforderungen von politischer Desillusioniertheit in breiten Teilen der Gesellschaft und dem Aufstieg rechter und rechtsextremer Parteien gewachsen ist, 4. gegen welche Gegner und mit welchen politischen Alternativen neoliberaler Hegemonie begegnet werden kann.

Um diese und ähnliche Fragen einer neuen linken Strategie zu beantworten, haben sich in den letzten 15 Jahren eine Reihe globalisierungskritischer Strategien zu Wort gemeldet. Nicht zuletzt ist es globalisierungskritischen Diskursen, sozialen Kräften und ihren Protesten gelungen, neoliberalen Staatsumbau teilweise zu delegitimieren und an Standortwettbewerb orientierte Kapitalakkumulationsstrategien zu hinterfragen. Die zunehmende Unterwerfung aller sozialen Bereiche unter die Logik von Markt und Profit konnte allerdings nicht zurückgedrängt werden, zumal neoliberale Politikformen und -inhalte über alle Parteigrenzen hinweg hegemonial erscheinen. Anstelle der Ausarbeitung von sozialen Alternativen zur „Globalisierung des Kapitalismus“ haben sich sozialdemokratische Parteien selbst in neoliberale Praktiken und Diskurse eingeschrieben, sodass die vorherrschenden neoliberalen Politikinhalte bereits wesentlich von der europäischen Sozialdemokratie und ihren Vordenkern (mit)konzipiert wurden. Insbesondere die Rechtfertigung repressiver Sozialpolitiken in Deutschland, Großbritannien, aber auch Österreich mit dem Argument notwendigen Sozialstaatsumbaus aufgrund fehlenden Wirtschaftswachstums, geht auf das Konto des Blair-Schröder-Kurses. Für die Erarbeitung einer nachhaltigen,

demokratischen und emanzipatorischen Position gilt es, einerseits der neoliberalen Logik von Standortwettbewerb und Staatsumbau zu trotzen und andererseits die dominanten globalisierungskritischen Positionen hinsichtlich ihrer Perspektiven und vor dem Hintergrund der oben aufgeworfenen Fragestellungen zu überprüfen.

Reduktionistische Strategien

In der Aufarbeitung globalisierungskritischer Strategien sind wesentlich zwei Linien zu erkennen, die jeweils wichtige ökonomische und politisch-ideologische Aspekte der unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zusammengefassten Prozesse hervorheben. Sie beleuchten Entwicklungen, die unter der Problematik einer am „Dritten Weg“ orientierten Strategie im Dunkeln bleiben müssen. Zugleich kann gezeigt werden, dass beide Linien mit unterschiedlichen Reduktionismen arbeiten, „Globalisierung“ daher leicht als „rein ökonomische“ oder „rein politische“ Prozesse deuten und so in der Ausarbeitung politischer Alternativen zur neoliberalen Hegemonie nur begrenzt von Nutzen sind.

(a) Ökonomistische Strategien

Vorstellungen, „Globalisierung“ sei ein „rein ökonomischer“ Prozess, dominieren nicht nur in sozialdemokratischen, sondern nahezu allen gegenwärtigen Debatten um Globalisierung und globalisierungskritische Strategien. Die zentralen Begriffe dieser Analysen sind die ökonomischen Kategorien und Logiken der Finanzmärkte, weshalb besonders auf die neuen Mechanismen finanzmarktgetriebener Kapitalakkumulation und die damit einhergehenden Verschiebungen vom (auf nationalen korporatistischen Kompromissen beruhenden) sozialen Sicherheits- und Wohlfahrtsstaat zum zu einem Wettbewerbs- und Leistungsstaat hingewiesen wird. Obwohl damit wichtige Mechanismen der Veränderung der internationalen Arbeitsteilung, Veränderungen von Arbeitsverhältnissen und damit von Verteilung und Konsum offen gelegt werden können, bleiben die politisch-ideologischen Aspekte von Globalisierungsprozessen großteils ausblendet. Gesellschaftliche Veränderung gehe demnach von transnationalem Kapital und dessen Standortbedingungen aus, weniger von Nationalstaaten oder sozialen Kräften. Ihnen zufolge sind Nationalstaaten Ausdruck oder Transmissionsriemen, d.h. passive Erfüllungsgehilfen selbstregulierter ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, in die der Staat nur reaktiv von Außen eingreifen kann. Das Verhältnis von Staat und Ökonomie wird hier von der selbstregulierten Sphäre der Ökonomie bestimmt, kann daher politisch kaum oder nur in bestimmten Parametern beeinflusst werden, weshalb sich Kräfteverhältnisse und von ihnen ausgehende soziale Konflikte nur nachgelagert in diesen Rahmen einbetten können.

Die Kehrseite solcher Reduktionen von „Globalisierung“ auf technische Entwicklungen / Entwicklungen gemäß gesetzmäßiger Erfordernisse, sind rein technische Lösungen, die außer Acht lassen, dass „Globalisierung“ mit Interessen und Strategien von Kapitalfraktionen verbunden sind, d.h. letztlich ein Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen sind. Die Antworten ökonomistischer Anschauungen bleiben verhaftet in den Vorstellungen von Standortwettbewerb, notwendig steigendem Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für soziale Verbesserungen und dem Vertrauen in technokratische wirtschaftspolitische Lösungen. Die dabei häufig gebrauchte Dichotomie von (entgrenztem) Markt und (sozialem)

Staat, derzufolge die Märkte bloß stärker staatlich reguliert werden müssten, verunmöglicht es, Staaten aber auch Strategien sozialer Kräfte (die sich in nationalen wie internationalisierten Staatsapparaten materiell verdichten) in den Blick zu nehmen. Ökonomistische Strategien verbleiben notwendig in neoliberalen Sachzwangsschemen gefangen und argumentieren entweder für eine Verlangsamung von Globalisierungsprozessen oder für die Rückkehr in keynesianisch-fordistische Regulation. Gerade die Verschiebung sozialdemokratischer Programmatik weg von sozialer Gleichheit hin zur (immer unklar bleibenden) Vermehrung von Chancen(-Gleichheit) deutet darauf hin, dass ökonomistische Strategien mit einer auf Alternativen ausgerichteten Politik kaum in Einklang zu bringen sind bzw. an der Vernachlässigung von politisch-ideologischen Rahmenbedingungen und Hegemoniebildung scheitern müssen.

(b) Politizistische Strategien

Politizistische Argumentationen haben den ökonomistischen voraus, dass sie Globalisierungsprozesse stärker als politisch gestaltete Prozesse begreifen, d.h. Globalisierung nicht als eine Abwesenheit von politischer Regulation sehen, sondern als eine neue Regulation unter veränderten Kräfteverhältnissen. Sie teilen mit den ökonomistischen Strategien meist die Annahmen über ökonomische Sachzwänge und versuchen, politische Formen zu konzipieren um der steigenden Krisenanfälligkeit kapitalistischer Gesellschaftsformationen und der Herausbildung informeller, nicht-demokratischer bzw. netzwerkartiger oder supra- und transnationaler politischer Strukturen zu begegnen. Dominant sind hier die Debatten um Global Governance, die meistens darauf hinauslaufen, die Ebene nationalstaatlicher Steuerungsmechanismen aufzugeben und sich angesichts der Verlagerung politischer Entscheidungen hin zu supra- und transnationalen Institutionen auf den Interessensausgleich auf diesen Entscheidungsebenen zu konzentrieren. Obwohl hier, nicht zu Unrecht, häufig darauf verwiesen wird, dass technokratische wirtschaftspolitische Maßnahmen wenig fruchtbar sind, beinhalten sie ein (normativ gewendetes) technokratisches Politikverständnis, demzufolge – statt nationalstaatlicher Ordnungspolitik – eine globale Ordnungspolitik durch Einbindung von NGOs in Institutionen wie WTO oder UNO bemüht werden soll. (Brand 2005, 150ff.). In politizistischen Strategien werden meist tiefgehende Analysen über Weltmarktkonkurrenz, nationale wie internationale Arbeitsteilung, neoliberalen Staatsumbau, hegemoniale Strategien oder bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse und deren Reproduktion außer Acht gelassen.

Bedingungen für eine nicht-reduktionistische Strategie

Ausgangspunkt für eine nicht-reduktionistische „globalisierungskritische“ Strategie muss eine genaue Analyse der Strukturen und Mechanismen hinter den als „Globalisierungsprozessen“ bezeichneten Phänomenen sein, die berücksichtigt, dass 1. „Globalisierung“ nicht von ökonomischen Sachzwängen abhängt, sondern von durchaus widersprüchlichen (ökonomischen, politischen, ideologischen) Interessen, Praktiken, Strategien von nationalen wie lokalen, supra- oder internationalen Akteuren und nationalen wie internationalisierten Staaten/Staatsapparaten, die immer auch soziale Kräfteverhältnisse verdichten, und 2. technokratische Lösungen, die grundsätzlich nicht für einen neuen Konsens gegen

neoliberale Modelle von Standortwettbewerb, Abbau sicherheitsstaatlicher Strukturen und marktge-
gelter Arbeitsteilung mobilisieren können, keine alternativen politischen Projekte erzeugen. Unter die-
sen Gesichtspunkten einer Kritik an reduktionistischen und technokratischen Strategien kann aber
durchaus kritisch an die Erkenntnisse ökonomistischer und politizistischer Debatten angeschlossen
werden, wenn die Hervorhebung von Möglichkeiten nationalstaatlicher Regulation (gegen Privatisie-
rung, „Deregulierung“, Sozialstaatsabbau und Standortwettbewerb) und Möglichkeiten nicht-
neoliberaler Regierungstechniken (gegen Entdemokratisierung und Politikverdrossenheit) mit der Mo-
bilisierung für neue soziale Wirtschaftsmodelle und neue soziale Staatsprojekte verbunden wird.
Statt (wie in den genannten reduktionistischen Vorstellungen) bestimmte Analyseebenen für politische
Strategien zu verabsolutieren, sollten folgende, hier nur skizzierbare, Prozesse nicht miteinander ver-
mengt werden, damit die Strukturen und Mechanismen dieser Prozesse und die Strategien der Akteure
in den Vordergrund rücken können und nicht-reduktionistische politische Ableitungen möglich sind:

(a) Gesellschaftliche Arbeitsteilung und Arbeitsverhältnisse

Die postfordistische (finanzmarktorientierte) Akkumulationsweise beruht nicht auf ökonomischen
Sachzwängen, sondern grundlegenden Veränderungen in den Arbeitsverhältnissen und der Arbeitstei-
lung¹. Durch Umstrukturierungen in den Arbeitsverhältnissen unter Konzepten der „Flexibilisierung“
und „Liberalisierung“ kommt es zu Trennungen in der fordistischen Kette aus Massenproduktion, Mas-
senkonsum und sozialer Sicherung. Die veränderten sozialen Kräfteverhältnisse drücken sich unter
anderem darin aus, dass steigendes Wirtschaftswachstum nicht mehr mit steigendem privaten Kon-
sum verbunden ist, sondern ganz im Gegenteil mit rückläufigen Löhnen, Umverteilung nach oben und
deutlichen Überproduktions- und Überakkumulationskrisen, die in aggressiven Handels- und Finanz-
marktpolitiken und Exportorientierung kompensiert werden sollen. (Bischoff 2006). Infolge der Ver-
schiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den dominanten Kapitalfraktionen hin zur Finanzmarktori-
entierung verschieben sich kurzfristige wie langfristige Akkumulationsstrategien.

(b) Verschiebung des Verhältnisses von Staat/Politik – Ökonomie: Autoritärer Etatismus

Zugunsten der Orientierung auf kurzfristige Profitstrategien nimmt die Orientierung auf politische und
soziale Integration bzw. auf Erhaltung oder gar Ausbau öffentlicher Infrastruktur ab. Ganz im Gegen-
teil wird die Regulation der Ökonomie zunehmend aus dem Bereich des Politischen gedrängt und wer-
den die Staatsapparate unternehmerischen Organisationsstrukturen und einer betriebswirtschaftlichen
Finanzierungslogik unterworfen. Die nationalstaatliche Regulation von Kapitalverkehr wird zuneh-
mend internationalisierten Staatsapparaten (EZB, IWF, Weltbank, etc.) unterworfen, wo sie demokra-

¹ In seiner ‚Staatstheorie‘ fasst Nicos Poulantzas den Begriff der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sehr weit als
Bezugnahme auf alle (ökonomischen, politischen, ideologischen) Positionierungen sozialer Kräfte in der gesamten
Organisation und Reproduktion der Produktionsverhältnisse entlang von Linien wie der Trennung von geistiger
und manueller Arbeit, aber auch anderer Formen von Arbeitsteilung (geschlechtlicher Arbeitsteilung, Nord-Süd-
Arbeitsteilung, etc.). Durch diese Konzeption gelingt es ihm bspw., die (für kapitalistische Gesellschaftsformatio-
nen charakteristische) relative Trennung von Politischem und Ökonomischen als eine Frage der Arbeitsteilung
(Trennung von politischer und ökonomischer Herrschaft als Herrschaftspraxis) und damit als veränderbar zu den-
ken. (Poulantzas 2002, 47).

tischer Gestaltung entzogen und neoliberale Strategien leichter politisch-ideologisch durchzusetzen sind. Innerhalb der Struktur der Staatsapparate verschiebt sich die Dominanz hin zu den Apparaten, die mit Finanz-, Wirtschafts- und Budgetpolitik betraut sind, die Exekutive und sich parallel ausbreitende Machtnetzwerke in und außerhalb der staatlichen Bürokratie setzen sich auf Kosten der Legislative durch, repressive Politikformen dominieren integrative Konzepte, die Massenparteien entwickeln sich zunehmend zu autoritären Apparaten, die sich nur mehr durch unterschiedliche Hervorhebungen dieser oder jener Maßnahme gegenüber anderen Maßnahmen in der politischen Konjunktur unterscheiden. John Kannankulam hat kürzlich gezeigt, dass die zentralen Elemente dieser von Nicos Poulantzas als „autoritärer Etatismus“ (Poulantzas 2002, 231ff.) bezeichneten Krise des Fordismus, die zur Offensive des Neoliberalismus geführt hat, seit den 90er Jahren wesentlich durch sozialdemokratische Regierungen (in Deutschland insbesondere durch die Agenda 2010) gefördert und verschärft wurden (Kannankulam 2008).

(c) Staatsumbau: Leistungs- und Wettbewerbsstaat

Entgegen Vorstellungen vom Verschwinden der Nationalstaaten und der völligen Politikverlagerung auf inter- und supranationale Ebenen, sind die zum Standortwettbewerb ausgerichteten Staaten auch weiterhin starke Interventionsapparate. Zwar haben sich das Verhältnis von Politik zu Ökonomie, die politisch-ideologischen Legitimationsmechanismen, die sozialen Ausschließungsmechanismen gewandelt, die soziale Regulation und die Struktur für (angeblich immer weiter zu optimierende) Kapitalverwertungsbedingungen gehen aber weiterhin von den Nationalstaaten aus. Nationalstaaten sind gerade in Bezug auf den Wettbewerbskampf zentrale Entscheidungs- und Durchsetzungsebenen, die eine Vermarktlichung öffentlicher Sektoren und die Kommodifizierung von Öffentlichkeit, Politik, Natur, Bildung und Wissen betreiben und durch einen autoritären Etatismus zur Ausbreitung semistaatlich-privater Entscheidungsstrukturen, „multiskalarer Metagovernance“ (Jessop 2008, 198ff.), beitragen. Der neoliberale Staatsumbau ist so weniger ein schicksalsartiger Prozess als vielmehr eine Selbstumgestaltung zur staatlichen Rekonfiguration neuer sozialer Kräfteverhältnisse.

(d) Neue Legitimationsformen

Die Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie geht mit neuen Formen der politisch-ideologischen Legitimation einher, die nicht auf Partizipation, ökonomische Integration, sozialen Ausgleich (Korporatismus) und Parlamentarismus setzen, sondern – gemäß der Wettbewerbslogik (und dem erzeugten Leistungs- und Konkurrenzdruck durch Vermarktlichungsprozesse) – auf der Mobilisierung für soziale Ausschließungspraxen beruhen. So sind die neuen „nationalen Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch 1995) nicht nur von einer zunehmenden Fragmentierung sozialer Gruppen auf den Arbeitsmärkten gekennzeichnet, sondern auch von der Zunahme rassistischer und autoritärer Politikformen, Diskursen und Praktiken. Politikverdrossenheit und mehr repressive denn diskursive Interessensdurchsetzung einerseits und nationalistische/rassistische Praktiken und Diskurse andererseits sind als zusammenhängende Phänomene zu begreifen.

Eine nicht-reduktionistische Strategie darf nicht der Logik des Globalisierungsdiskurses folgen, sondern muss die ökonomischen, politischen und ideologischen Transformationen in ihrer jeweils besonderen Dynamik, ihren Bedingungen und Mechanismen untersuchen. Pierre Bourdieu hat den Diskurs über „Globalisierung“ treffend als einen Mythos bezeichnet, der die neoliberale Verschiebung von Kräfteverhältnissen nicht als solche erscheinen lässt, sondern eine Unausweichlichkeit und Schicksalhaftigkeit der darunter gefassten Entwicklungen konstruiert und diese noch als eine Ausweitung von Freiheiten darstellt (Bourdieu 1997, 13ff.). In Anlehnung an Bourdieus Empfehlung, nicht mehr von „Globalisierung“ zu sprechen (sondern beispielsweise von einer konservativen Revolution), kann eine deutliche Benennung der oben skizzierten Prozesse die Fallen des Globalisierungsdiskurses vermeiden. Der Ausgangspunkt in der (nicht-reduktionistischen) Analyse ökonomischer, politischer und ideologischer Transformationen kann dann nicht mehr der Erzählung des Globalisierungsdiskurses folgen, d.h. nicht mehr als Geschichte der Erweiterung von Freiheiten („Flexibilisierung“, „Liberalisierung“, „Entbürokratisierung“, „Modernisierung“, etc.) präsentiert werden, sondern muss ausgehen von 1. den Konflikten innerhalb und zwischen herrschenden sozialen Kräften, der Umsetzung ihrer Interessen und Motive zu staatlicher Politik (die immer gegen spezifische Widerstände nicht-herrschender sozialer Kräfte stattfinden, die zu Partikularinteressen erklärt werden, zu bestimmten Teilen aber auch in staatlicher Politik bearbeitet werden) und ihrem Verhältnis zu Interessen und Motiven nicht-herrschender sozialer Kräfte, 2. Bedingungen / Strukturierungen dieser Kräfteverhältnisse durch Entwicklungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der staatlichen Apparatur. Den Fokus auf Kräfteverhältnisse und ihre Strukturierung zu verschieben, bedeutet, die Maßnahmen zur Beseitigung sozialer Errungenschaften (und zur Desorganisation der Sozialdemokratie in Europa) nicht als einen von Außen schicksalhaft hereinbrechenden Prozess zu verstehen, sondern als einen Kampf um politische, ökonomische, ideologische Macht. Diese Verschiebung ermöglicht es, in der Reflexion der politischen Konjunktur zielführendere Fragen zu stellen (die in den nicht-reduktionistischen Strategien verunmöglicht oder zumindest behindert werden): Wie sieht die soziale Positioniertheit von sozialen Kräfte aus, d.h. aus welcher Position heraus werden aus welchen Motiven und gegen wen welche Politiken formuliert?, Wie sind soziale Kräfte in welchen Apparaten bzw. Branchen oder Oppositionszentren des Staates verankert und wie sehen Strategien der „Staatswerdung“ politischer Interessen aus?, Welche Möglichkeiten für effektiven Widerstand (etwa: Verhinderung von Sozialabbau, Entdemokratisierung, etc.) gibt es, wie muss er politisch formuliert werden (gegen wen, mit wem, mit welchen Interessen und Motiven, etc.)?

„Stellungskrieg“: Mobilisierung für einen neuen Konsens

Eine nicht-reduktionistische Strategie legt nahe, nicht länger nur (das Finanztechnische in den Vordergrund rückende) technokratische wirtschaftspolitische Lösungen zu bedienen, sondern in eine soziale Mobilisierung für einen grundsätzlich anderen Konsens einzutreten, d.h. nicht mehr den Spielregeln des Globalisierungsdiskurses bzw. neoliberaler Politiken (der Einengung politischer Möglichkeiten) zu folgen, sondern die Strukturen und Mechanismen neoliberaler Entwicklungen offen zu legen um sie effektiv zu bekämpfen. Eine Alternative zu neoliberaler Hegemonie anzubieten, bedeutet auch, Vorstellungen der „Politik der Mitte“ und der Erklärung von politischem Konsens zu einem Selbstzweck

aufzugeben. Die Abwehr von Konfrontationen und politischen Differenzen bzw. die (unpolitische, weil als technische Frage dargestellte) Suche nach „gemeinsamen Lösungen“ ist weniger eine gelungene Strategie, denn das Eingeständnis der Strategie- und Richtungslosigkeit, wie sie im „Dritten Weg“ positiv ausformuliert wurde.

Ein besseres Verständnis neoliberaler Hegemonie eröffnet sich durch eine Analyse des Thatcherismus. Dessen Erfolg basierte nicht alleine darauf, seine Macht in den Staatsapparaten erweitert zu haben, sondern auch auf einer hegemonialen Verschiebung: Die Verknüpfung vielfältiger Diskurse über Familie, Kriminalität, Nation, Patriarchalismus, Frauenbilder und neuen Lehren über die Vorzüge marktförmiger Regulierungssysteme (Monetarismus) in Kombination mit einer Entkoppelung der Ideen von Freiheit und sozialer Gleichheit (die als rückständig, bürokratisch, schuldenfinanziert, individualitätshemmend / kollektivistisch abgelehnt und durch die angeblichen Vorzüge von Ungleichheit – Förderung von Kreativität, Eigenverantwortung, persönlicher Initiativen, etc. – ersetzt wurde) führte dazu, dass der sozialdemokratische Konsens unterminiert und die sozialen Akteure erfolgreich in neue Diskurse eingeschrieben wurden. Der Thatcherismus erarbeitete sich durch die Schaffung zweier ideologischer Lager (Sozialdemokratie = Sozialstaat = Bürokratismus = Freiheitsbeschränkung vs. Thatcherismus = Eigeninitiative = Modernität = Freiheitserweiterung) eine Verankerung selbst in jenen sozialen Schichten, deren Interessen er selbst nie zu vertreten behauptete (Hall 1986). Getragen von einer populistischen Mobilisierung, die Stuart Hall als „autoritären Populismus“ (Hall 1988, 181) bezeichnete, stellte der Thatcherismus die Prinzipien sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit radikal in Frage und schaffte es, auf Grundlage sozialer Transformationsprozesse ein neues politisches und staatliches Projekt neoliberaler Praktiken / Politiken zu konstruieren und mit diesem gegen die Sozialdemokratie zu mobilisieren.² Für ein Verständnis der am „Dritten Weg“ orientierten sozialdemokratischen Strategie in Europa ist das Eingeständnis unerlässlich, dass die Neuordnung des politischen Terrains durch den Neoliberalismus niemals in Frage gestellt wurde, sondern die errichteten Knotenpunkte übernommen wurden. New Labour formulierte ihr Programm als einen Thatcherismus mit menschlichem Antlitz, der auf den Säulen beruhte, dass a. politischer Konsens (des Neoliberalismus) zur Priorität erhoben wurde, b. die Unterscheidung des politischen Spektrums in Links und Rechts radikal negiert wurde (Tony Blair insistierte darauf, dass es keine spezifisch linken oder rechten Politiken gäbe, sondern nur gute und schlechte, wodurch alles zur technokratischen Frage erklärt wurde) und c. Politik daher nicht im Sinne von Interessen und Machtverschiebungen verlaufen dürfe, sondern grundsätzlich in der Mitte stattzufinden habe. An der Verwerfung sozialer Gleichheit beteiligte man sich durch Konzepte von Chancengleichheit und Leistung statt Umverteilung.

² Angesichts der logischen Inkonsistenzen in der thatcheristischen Ideologie sind nie alle seine Momente gleichermaßen bedient worden bzw. sind nicht gleichermaßen in materiellen politischen Praktiken verankert worden oder haben sich als staatliche Politik in Staatsapparaten formiert. Dominierendes Moment war immer die Doktrin des Monetarismus (Marktstärkung, Kapitalstärkung, Abbau korporatistischer Strukturen bei von oben auferlegter sozialer Disziplinierung), die als unausweichliche, einzige Politik gesetzt wurde und von der ausgehend das gesamte alltägliche Denken und Handeln und die soziale Ordnung umgeworfen wurde: Freiheit ist hier nicht mehr die Freiheit von Fremdbestimmung, sondern die Freiheit des Marktes und statt Ansprüchen gegen Marktmechanismen beherrschten Themen der Leistung und des Wettbewerbs das Terrain des Politischen. (Hall 1988, 180ff.).

Auf die brennende Frage der „Politikverdrossenheit“ bzw. der wachsenden Nicht-Beteiligung an demokratischen Prozessen haben die Strategien des „Dritten Wegs“ immer mit einer Absage an politische Debatten, die angeblich Politik als abschreckend erscheinen lassen, geantwortet. Ganz im Gegenteil zu dieser Deutung zeigt Colin Hay in seiner Untersuchung „Why We Hate Politics“ (Hay 2007), dass „Politikverdrossenheit“ (etwa: Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, politischen Parteien und Interessensvertretungen, dem politischen System im Allgemeinen) keineswegs einer Absage an Politik gleichzusetzen ist, sondern – da die Gründe für die Formen an Desillusioniertheit und Entzauberung des Politischen durchaus politischer Natur sind (So sehen viele NichtwählerInnen ihre Entscheidung zum Fernbleiben selbst als einen politischen Protestakt an und wenden sich von „formaler Politik“ mit dem Vorwurf mangelnder Repräsentation ab) – mit einem Misstrauen gegenüber der Möglichkeit von politischen Veränderungen. In Anlehnung an diese und ähnliche Erkenntnisse verbreitet sich mittlerweile im deutschsprachigen Raum der Ausdruck der „Politiker(Innen)verdrossenheit“. Entgegen den Ansichten, die „PolitikerInnenverdrossenheit“ auf einen Werte- und Sittenverfall zurückführen und so die Verantwortung für politische Beteiligung individualisieren, nimmt Hay eine originelle Wende der Betrachtung vor: Die betriebswirtschaftlichen Deutungen von sinkender politischer Nachfrage sind zugunsten einer Betrachtung des politischen Angebots zu verlagern. Nicht die Nachfrage von WählerInnen an politischen Gütern sollte im Blickfeld stehen, sondern die politischen Güter selbst. Hay zeigt dabei unter anderem folgende Gründe („supply side factors“³) für politische Desillusionierung auf: a. Vermarktlichung von Wahlen und Zuspitzung auf Personenwettbewerbe, b. zunehmende Übereinstimmungen der Politikinhalt zwischen Parteien, die sich nur durch thematische Schwerpunktsetzungen unterscheiden, c. Verbreiterung neoliberaler Annahmen über die Ineffizienz des Staates und der Politik in der Verwaltung öffentlicher Güter und damit Zurückweisung politischer Verantwortung, d. zunehmende Entpolitisierungstendenzen durch Verantwortungsverschiebungen für Entscheidungsprozesse hin zu unabhängigen öffentlichen Autoritäten wie unabhängigen Zentralbanken, demokratisch nicht legitimierte Institutionen, Netzwerken und ähnlichem. (Hay 2007, 54ff.). Die Nachfrageseite ist von den Bedingungen der Angebotsseite abhängig, deren Verknappung durch Eingrenzung der Möglichkeiten von Politik (infolge von Privatisierungen, Auslagerungen, Vermarktlichungen, Entscheidungsverschiebungen, Rationalisierungen, Immunisierung gegen Kritik an neoliberaler Hegemonie) Politik aus dem Politischen verdrängt. Colin Hay zufolge hassen wir Politik, weil sich Politik selbst als alternativlos darstellt, sich im Rahmen von Diskursen über angeblich unausweichlichen Standortwettbewerb selbst beschränkt und die Autonomie des Politischen insbesondere von politischen Eliten selbst in Frage gestellt wird. (Hay 2007, 151).

Mit Hay zeigt sich ein Teufelskreis für politische Mobilisierung auf: Mit dem Verschwimmen politischer Linien und dem Abbau demokratischer, öffentlicher und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen wird die Dynamik von Politik gebrochen, Desillusionierung führt zu Demobilisierung und sinkender formaler Parti-

³ Die Sprache von Angebot und Nachfrage ist in diesem Kontext genau genommen weder ausreichend noch – angesichts ihrer Verankerung in der Problematik von Rational-Choice-Annahmen, die (meist rationale) individuelle Akteure statt kollektive Akteure und ihre Bedingungen ins Zentrum stellen und über institutionelle Verankerungen, Präferenzbildungen, etc. nur wenig sagen können – angemessen. Hay selbst weist auf diese Unzulänglichkeiten hin und sieht die supply-side-Perspektive vielmehr als ein notwendiges Korrektiv zur „pervasive demand-side orthodoxy“ (Hay 2007, 158).

zipation an politischen Prozessen. Darüber hinaus lässt sich feststellen, dass die „Politik der Mitte“ und die Überbetonung von Konsens keineswegs zu einer politisch versöhnten oder sozial nicht-fragmentierten Gesellschaft führt, sondern ganz im Gegenteil chauvinistische, rassistische, nationalistische bis hin zu rechtsextremen Positionen gestärkt werden. Chantal Mouffe (2005; 2008) erklärt daher, dass demokratische Politik notwendigerweise Dissens stärken und organisieren muss, d.h. die liberalen Institutionen der Demokratie sind dahingehend zu fördern, dass sie Dissens Raum geben, in denen er sich manifestieren kann. Der Unterscheidung von Links und Rechts müsse große Relevanz eingeräumt werden, da sie legitimen Konflikten die Möglichkeit zur Institutionalisierung einräumt, während die Konsens überbetonenden Versöhnungsutopien genau genommen ein Ende der Politik forcieren. Mouffe spricht sich insbesondere gegen Ideen deliberativer Demokratie aus, da diese – in ihren jeweils unterschiedlichen und nicht gleichsetzbaren Formen – immer in Vorstellungen über die Möglichkeit unparteiischer, rationaler, offener Entscheidungen und verallgemeinerungsfähiger Interessen eingebettet sind. Deliberative Demokratiemodelle reduzieren Politik auf Ethik und schaffen es daher ebenso wenig wie ökonomische oder mathematische Aggregationsmodelle, das Spezifische des Politischen zu benennen⁴. Für ein Verständnis des Politischen und von Politik können mit Mouffe einige wesentliche Punkte aufgezeigt werden:

- (a) Macht kann nicht „aufgelöst“ werden durch rationale Debatte und Legitimität kann nicht durch reine Vernunft begründet werden. Noch weitergehend kann formuliert werden, dass Machtverhältnisse (im Gegensatz zu Herrschaftsverhältnissen) niemals grundsätzlich / vollständig „aufgelöst“ werden können, sie können jedoch politisch transformiert werden.
- (b) Da eine Interessensgleichheit aller sozialen Akteure (etwa aufgrund ihrer unterschiedlichen sozialen Positionierung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung) grundsätzlich nicht möglich ist, muss die technisch-unpolitische Vorstellung über universale Repräsentation „des Volkes“ aufgegeben werden. Die Interessen etwa von finanzmarktorientierten Kapitalfraktionen, arbeitenden Klassen im Allgemeinen, atypisch Beschäftigten, Arbeitslosen, PensionistInnen und alleinerziehenden Müttern sind – etwa aufgrund struktureller Ungleichheiten, von denen in den meisten Demokratietheorien nicht gesprochen wird – nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. (Durch entsprechende politische Projekte kann eine – trotz allem immer widersprüchliche – Repräsentation vielfältiger sozialer Kräfte stattfinden, aber niemals können gleichermaßen alle sozialen Kräfte, kann „das ganze Volk“, repräsentiert werden.)
- (c) Die Förderung demokratischer Praktiken kann nicht technisch-unpolitisch stattfinden, d.h. sie ist immer in (spezifischen) demokratischen Apparaten und Institutionen verankert und hängt von der Möglichkeit (und Realisierung) der Konstituierung, Vervielfältigung / Verbreiterung, Transformati-

⁴ Zweifelsohne gibt es zwischen aggregativen und deliberativen Modellen Unterschiede, die etwa darin bestehen, dass die deliberativen Modelle einen moralisch-rational begründeten Universalismus (sowohl Jürgen Habermas mit seiner Konzeption der ‚kommunikativen Vernunft‘ als auch John Rawls mit seiner Konzeption des ‚Vernünftigen‘ gehen davon aus, dass Politik von unparteiischen Personen mit völlig rationalen Argumenten betrieben werden soll) und die aggregativen Modelle einen der politischen Ökonomie entlehnten instrumentellen Rationalismus und Atomismus (basierend auf Konzeptionen über außerhalb des Sozialen positionierte Individuen, deren Präferenzen nicht nur transparent und damit ermittelbar seien, sondern sich additiv zusammenfügen könnten) an den Tag legen. Ihre gemeinsame Annahme über die Möglichkeit völliger sozialer Interessensgleichheit wird daher durchaus unterschiedlich begründet. (Mouffe 2008, 85ff.).

on und Austragung (aber auch Abwehr, Verhinderung, etc.) unterschiedlicher, widersprüchlicher und gegeneinander gerichteter Positionen ab. Da politischer Dissens eine integrative soziale Rolle innehat, ist es für die Möglichkeit von Politik unerlässlich, Gegner (bzw. sogar Feinde) zu formulieren. Politik kann immer nur (auch) durch die Konstruktion eines „wir“ gegen „sie“ betrieben werden. Die Frage ist daher nicht, wie die Konstruktion eines „wir“ (in einer unpolitisch-technokratischen „Politik für alle“) verhindert werden kann, sondern wie dieses „wir“ auf eine nicht- bzw. anti-rassistische/anti-chauvinistische/anti-nationalistische/etc. und als eine soziale Gleichheit erzeugende, Ausbeutung, Unterdrückung und Selektionen bekämpfende Art und Weise formuliert werden kann. Damit ein kollektiver Wille politisch konstruiert werden kann, muss notwendigerweise ein gegnerisches Außen, gegen das sich Politik zu richten hat, mitkonstruiert sein – was nicht gleichbedeutend damit ist, Gegner als politisch illegitim abzulehnen oder einen partiellen / provisorischen Konsens grundsätzlich auszuschließen (Mouffe 2005, 38; 2008, 115ff.).

Viele poststrukturalistische Theorien des Politischen, darunter auch jene von Chantal Mouffe, sind aufgrund ihrer (meist eher impliziten) harten sozialkonstruktivistischen Epistemologie, die in der Vorstellung mündet, das Soziale sei ausschließlich durch diskursive Praxen erklärbar, mit dem Manko behaftet, über (außerhalb des Sprachlichen liegende) Strukturen und Mechanismen sozialer Phänomene wenig oder gar nichts aussagen zu können. Dennoch kommt ihnen das Verdienst zu, das Politische als Ort von Differenz statt Konsens und Politik als Konstruktion kollektiver Identitäten gegen soziale Gegner zu denken.⁵ Mouffe geht es um Praxen der Förderung pluraler und liberaler Demokratie, in denen sich Konflikte artikulieren können und nicht autoritären konsensualen Formen unterworfen werden.

Gestützt auf Stuart Halls Analyse des Thatcherismus und der Bedingungen, Mechanismen und Effekte seines Aufstieges, Colin Hays Analyse über die Gründe für politische Desillusioniertheit und Demobilisierung und Chantal Mouffes Plädoyer für eine Politik der Differenz und mit formulierten Gegnern können Bedingungen für eine neue globalisierungskritische / emanzipatorische sozialdemokratische Strategie formuliert werden. Dabei lohnt es sich auch, auf Antonio Gramscis Hegemonietheorie und seine Strategie des „Stellungskrieges“ zurückzugreifen.

Basierend auf seinen Überlegungen über die Strukturen kapitalistischer Gesellschaftsformationen in Westeuropa, deren Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht ausschließlich auf Zwang und Repression durch den Staatsapparat im engen Sinn beruhen, sondern auch und sogar in erster Linie auf einem weitläufigen Bereich des „erweiterten Staates“ (den Gramsci Zivilgesellschaft nannte) aus Hegemonie-

⁵ Im Rahmen der Begrenzung des Sozialen in der von Chantal Mouffe (gemeinsam mit Ernesto Laclau) ausgearbeiteten Konzeption auf das Feld der Diskursivität und die Logik der Linguistik (Laclau / Mouffe 1991) ist es unmöglich, strukturell etwas über soziale Transformationen (etwa über die oben skizzierten Prozesse der Veränderung von gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Arbeitsverhältnissen, Staatlichkeit und ihrem Verhältnis zum Ökonomischen, neuen Legitimationsformen, etc.) und nicht nur etwas zu darüber geführten Diskursen auszusagen und darauf basierende informierte Strategien bzw. Politiken zu entwickeln. Mit Mouffe kann nur vage eine Richtung eines neuen emanzipatorischen Projekts angegeben werden – wenngleich diese Richtung bereits eine diskursive Umkehr des „Dritten Wegs“ darstellen würde: Mit Norberto Bobbio erklärt Mouffe, dass das Rückgrat einer linken Perspektive die Orientierung auf soziale Gleichheit (statt auf „Chancengleichheit“ oder „Inklusion“) bilden muss, im Gegensatz zu einer, der politischen Rechten entsprechenden, Verteidigung von sozialer Ungleichheit. (Mouffe 2005, 38; 2008, 120).

apparaten (Schulen, Medien, Gewerkschaften, Vereine, Parteien, etc.), in dem eine Hegemonie der herrschenden Klassen und Kräfte durch Erzeugung von Konsens (über Formen der sozialen Organisation im Allgemeinen) hergestellt wird, konnte Gramsci zeigen, dass die Linke sich nicht darauf beschränken darf, nur den Staatsapparat im engen Sinn zu erobern, sondern auch und vor allem um einen neuen Konsens in der Zivilgesellschaft werben muss. Gramsci grenzte sich mit der Strategie des Stellungskrieges vom (autoritären Formen annehmenden) „Bewegungskrieg“ ab, jener Strategie der Bolschewiki 1917, mit der zwar der Zarismus gestürzt wurde, der aber auch zur Beseitigung demokratischer Institutionen führte. Gramsci betont den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen und demokratische bzw. demokratisierende Masseninvolvierung. Nicos Poulantzas hat den Fokus darauf verschoben, die (nicht nur die politischen, sondern auch die politischen und ideologischen) Staatsapparate zu demokratisieren, den Bereich des Politischen und damit des Gestaltbaren ständig zu erweitern (Poulantzas 2002, 174ff., 278ff.). Mit Chantal Mouffe kann eine weitere Abgrenzung vorgenommen werden: Einen Stellungskrieg für neue Formen der sozialen Ordnung zu führen, bedeutet, Strategien des „Exodus“ abzulehnen, d.h. 1. sich nicht aus existierenden Institutionen herauszuhalten, sondern sich für neue Politikformen, Politikinhalte, neue Normen und Praktiken auf allen (lokalen, nationalen, internationalen, etc.) politischen Ebenen zu engagieren, 2. Fragen des Politischen nicht durch konsensuale Alternativlosigkeit zu neoliberaler Hegemonie zuzuschütten und 3. politischen Dissens zu fördern, damit sich politische Positionen artikulieren können und politische Mobilisierung (auch gegen autoritär-populistische, nationalistische und ähnliche Bewegungen) möglich ist (Mouffe 2005, 29ff.).

Fazit

Eine umfassende Alternative zu neoliberaler Umstrukturierung von Politik und Ökonomie bedarf einer Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, die nicht auf technokratischem Wege, sondern nur unter Einbeziehung und demokratischer / demokratisierender Mobilisierung breiter sozialer Schichten und der Schaffung einer Hegemonie für nicht auf Wettbewerb basierende Formen des Zusammenlebens zu verwirklichen sind. Eine solche Strategie müsste folgende Einsichten beinhalten:

- (a) „Globalisierung“ ist ein Bündel von politischen, ökonomischen und ideologischen Transformationen, hinter denen analysierbare Strukturen, Mechanismen und soziale Akteure stehen. Sie beruhen auf neuen sozialen Kräfteverhältnissen und sind dementsprechend nicht Sachzwängen geschuldet, sondern auf sozialen Kämpfen gegen soziale Errungenschaften und mangelnden Gegenmodellen linker Kräfte. Emanzipatorische Veränderung hängt ab von Deutungskämpfen, aber noch stärker von sozialen Kämpfen um materielle Zugeständnisse und konkrete Alternativen. Die oben aufgeschlüsselten und skizzierten Entwicklungen der „Globalisierung“ sind kein Kultureinbruch, sondern (veränderbares) Ergebnis sozialer Kämpfe. Daher empfiehlt es sich, die Analyse nicht nach den Linien von neoliberalen Globalisierungsdiskursen, die immer unausweichliche (weil technisch-unpolitische) Entwicklungen sozialer Veränderungen behaupten, auszurichten, sondern einer Analyse sozialer Kräfteverhältnisse und ihrer Strukturierung zu folgen.
- (b) Eine Strategie des Aufbrechens neoliberaler Hegemonie muss die Notwendigkeit und den Mut zu politischen Konflikten verinnerlichen: Soziale Widersprüche werden durch die Aufgabe der Unter-

scheidung von Links und Rechts und „Politiken der Mitte“ nicht aufgehoben, genauso wenig wie sie durch die Absage an politischen Dissens bearbeitet werden können. Eine Repräsentation aller sozialen Akteure ist angesichts der Unmöglichkeit völliger Interessensversöhnung niemals machbar und daher zu verwerfen, um nicht auf neoliberale Globalisierungsdiskurse hereinzufallen. Die Unterscheidung und in Folge die Einnahme einer deutlichen Position darin ist Voraussetzung, um demokratische politische Diskurse führen zu können und um für politische Projekte jenseits von politischer Desillusioniertheit (PolitikerInnenverdrossenheit) und jenseits einer Stärkung rechter / rechtsextremer / autoritär-populistischer und ähnlicher Positionen zu mobilisieren.

- (c) Die Infragestellung neoliberaler Globalisierungsdiskurse müsste verstärkt, auch aus einer ökologischen und nachhaltigen Sicht, den Imperativ des Wirtschaftswachstums in Frage stellen. Gerade in der Diskussion um soziale Sinnzusammenhänge – etwa über Zusammenhänge zwischen ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen einerseits und Repression gegen vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene andererseits, über die rapide steigende Produktivität bei einer gleichzeitigen Umverteilung nach oben, aber auch über ökologische Zusammenhänge von Auto-Mobilität, Kommodifizierung von Natur und Wissen oder unnötige Transportwege von Konsumgütern – bestehen große Potentiale für soziale Alternativen.
- (d) Alternativen sollten weniger unter dem Gesichtspunkt ihrer Finanzierbarkeit in Wettbewerbsstrukturen thematisiert werden, sondern unter den Aspekten von Umverteilung nach unten, Zunahme von Lebensqualität, demokratischer Partizipation und sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und Abschaffung von Ausschließungspraxen (etwa durch: radikale Umverteilung von Arbeitszeit, Erhaltung, Ausbau und Demokratisierung sozialstaatlicher Strukturen, erweiterte Formen betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, Förderungen von öffentlichen und kooperativen Eigentumsformen, Umverteilung durch Umgestaltungen und Demokratisierung des Steuersystems, etc.). Um die neoliberalen Sachzwangsvorstellungen zu bekämpfen, ist gerade die Schaffung und Förderung von demokratischen Strukturen eine zentrale Notwendigkeit. Eine solche Strategie muss im Sinne der Schaffung einer neuen Hegemonie denken und darf vor tiefgreifenden Veränderungen von Machtverhältnissen, die neuer politischer Konfliktachsen bedarf, nicht zurückschrecken.

Armin Puller

Anschrift: Blechturmstraße 24/8, 1040 Wien

Email: armin.puller@univie.ac.at

Zitierte Literatur

- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen; Hamburg: VSA
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien; Hamburg: VSA
- Bourdieu, Pierre (1997): Die fortschrittlichen Kräfte [Rede auf einem DGB-Kongress am 7. Juni 1997 in Frankfurt am Main]; in: Ders. u.a.: Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat; Hamburg: VSA; 11 – 25
- Gramsci, Antonio (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften; Frankfurt a. M.: Röderberg
- Hay, Colin (2007): Why We Hate Politics; Cambridge: Polity Press
- Hall, Stuart (1986): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus; in: Helmut Dubiel (Hg.): Populismus und Aufklärung; Frankfurt a. M.: Suhrkamp; 84 – 120
- Hall, Stuart (1988): Der Thatcherismus und die Theoretiker; in: Ders. (1989): Ideologie. Kultur. Rassismus. Ausgewählte Schriften 1; Hamburg: Argument; 172 – 206
- Hirsch, Joachim (2002): Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen; Hamburg: VSA
- Jessop, Bob (2008): State Power. A Strategic-Relational Approach; Cambridge: Polity Press
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas; Hamburg: VSA
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (1991 [1985 engl.]): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus; Wien: Passagen
- Mouffe, Chantal (2005): Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik; Wien: Turia und Kant
- Mouffe, Chantal (2008 [2000 engl.]): Das demokratische Paradox; Wien: Turia und Kant
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978 frz.]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg: VSA